

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulinspektion und des Königlichen Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindedmter des Bezirks.

**Unzeigebatt**

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Altestes Blatt im Bezirk.

Erscheint seit 1846.

Teleg.-Adresse: Amtsblatt.

Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 80 Pf., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierzehnmalig Mta. 2.88 ohne Zustellungsgebühr.

Postcheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 21548. — Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Unzeigepreis: Die 5gesparte Grundzelle (Zim. Moße 25, oder deren Raum 20 Pf., örtliche Anzeigen 20 Pf.). Im Zegelteil (Zim. Moße 17) 90 Pf., die 5gesparte Zeile. Bei Wiederverholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amulche Anzeigen die 5gesparte Zeile 60 Pf. — Für bestimmte Tage oder Wölfe wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Wilsons Antwort an Deutschland.

Drei Gegenfragen.

(Bereits in einem Teil unserer gestrigen Nummer und durch Zeitung verstreut.)

Washington, 8. Oktober. (W. T. B.) In einer heute von Staatssekretär Lansing der schweizerischen Gesellschaft übergebenen Note heißt es:

„Sie erfasst das Ansuchen der kaiserlichen deutschen Regierung an uns, und damit die Antwort so aufschlüssig und verständig erstellt werde, wie die wichtigen Interessen, die darin eingehlossen sind, es erfordert, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des genauen Inhalts der Note des Reichskanzlers zu versichern. Meint der Reichskanzler, daß die kaiserliche deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt, und daß der Zweck beim Eintreten in die Diskussion nur der sein würde, daß über die Einzelheiten ihrer Auswendung zu verständigen?“

Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlag eines Waffenstillstands anzuordnen, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbündet ist, einen Waffenstillstand vorzuschreiben, solange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube bei jeder Diskussion würde offensichtlich von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen.

Der Präsident glaubt auch, zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von diesem Standpunkt aus außerordentlich wichtig.“

Anmerkung von W. T. B.: Die Antwort des Präsidenten Wilson liegt hier im amtlichen Text noch nicht vor. Eine genaue Erfassung des Wortlautes ist vorerst noch nicht möglich. Immerhin ergibt sich aus dem Text, daß weitere Erklärungen von Seiten der deutschen Regierung notwendig sein werden. Dazu sind flogische Erörterungen der Regierung erforderlich. Die Antwort auf die Schlusfrage des Präsidenten ist durch die Rede des Präsidenten Fehrenbach in der Reichstagssitzung vom 5. des Monats gegeben, der im Namen des deutschen Volkes und des Reichstages erklärte, daß der Reichstag das Friedensangebot billige und sich zu eigen mache.

Keine Antwort an Österreich.

Washington, 8. Oktober. (W. T. B.) Amtlich wird bekannt gegeben, daß eine Antwort auf die österreichischen Friedensvorschläge augenscheinlich nicht in Erwägung gezogen wird.

Die erste Antwort Wilsons auf das deutsche Friedensangebot ist eingegangen. Sie darf nicht überraschen. Eine ähnliche Antwort hat auch die Regierung erwartet. Wilson will volle Klarheit darüber, wie die Note des deutschen Reichskanzlers aufzufassen ist. Er wünscht zu wissen, ob der Reichskanzler und die deutsche Regierung einverstanden ist mit den Bedingungen, die er in seiner Kongressbotschaft am 8. Januar und in späteren Botschaften formuliert hat. Er will hören, ob man seine Bedingungen rückweg annimmt und sich in den Verhandlungen nur über die Einzelheiten ihrer Durchführung verständigen möchte. Wilson lehnt also dorthin, Deutschland von vornherein festzulegen. Er lehnt es also ab, über seine einzelnen Forderungen in einer Konferenz zu sprechen, sondern möchte nur, daß die Konferenz die Durchführung seiner Wände beschließt. Wenn unsere Regierung seinen hintergedachten hatte, wenn sie meinte, auf der Friedenskonferenz werde sich noch über Elsass-Lothringen, über Polen, über die Hansestädte verhandeln lassen und würden sich Abschwächungen der Wilson-

ischen Forderungen ergeben können, so hat sie sich eben getäuscht. Freilich werden wir uns hierbei erinnern müssen, daß die „Nord. Allg. Zeitung“ im Regierungsauftrag der „Römis. Zeitung“ antwortete, daß die Regierung Wilson ohne Vorbehalt zustimmen. Man wird aber gut tun, die angekündigten weiteren Erklärungen der deutschen Regierung abzuwarten, die ja, wie es in der amtlichen Aussendung heißt, sorgsam erwogen werden. Von einer Preisgabe deutsches Gebietes wird unter keinen Umständen die Rede sein können.“

Eine zeitgemäße Erinnerung

lesen wir in der „N. W. Ztg.“: Es war 143 Jahre vor Christus. Die Römer erwünschten vor dem Frieden von den Karthagern Abtreten aller Kolonien, aus welchen sie ihre Kraft gezogen hatten. Die Karthager taten es. Dann beantragten die Römer Übereiterung aller Überzeugungen, d. h. aller Kriegsgefechte. Die Karthager taten es. Darauf forderten die Römer Übereiterung aller Waffen. Die Karthager mußten jetzt gehorchen. Und nun befahlten die Römer Schließung der Festung, Preisgabe der Stadt, Auswanderung der Bewohner. Da erhob sich die Stadt zum Verzweiflungskampf. Zu spät. Reich und Stadt wurden zerstört.“

Berlin, 10. Oktober. (Priv.-Tel.) Die „Germania“ glaubt der Hoffnung Raum geben zu dürfen, daß die Mittelmächte des Friedens im Anzuge ist. Die Tatsache, daß Wilson das deutsche Friedensangebot ganz anders behandelt, als noch vor wenigen Wochen das österreichisch-ungarische, gibt ihr zu dieser Auffassung das Recht. Wer aus den auswärtigen Zeitungen die öffentlichen Meinungen oder Stimmenmache in der Union, sowie in England und Frankreich verfolgt, wird Wilson seine Unabhängigkeit und Selbstständigkeit als hohes Verdienst anrechnen. Allerdings seien wir noch sehr weit von einer Verständigung entfernt. Eines ist sicher, schreibt das Blatt, nämlich, daß dem Deutschen Reich ein Befestigungsstand unter allen Umständen gewährt werde. Es müsse und daß sein Heer ihm hierin die nötige Sicherheit biete.

Die „Kreuzzeitung“ sagt: Es ist das erste Mal, daß auf ein Friedensangebot der Mittelmächte nicht von vornherein eine ablehnende Antwort erfolgt. Deshalb liegt keine Veranlassung vor, nun etwa optimistisch in die Zukunft zu schauen. Wir müssen unterscheiden zwischen den Antworten auf unser Friedensangebot und auf unserem Waffenstillstandsvoorstieg. Man wird abwarten müssen, wie sich die Überste Heeresleitung stellt.

Der „Vorwärts“ spricht von günstigen Aussichten für den Frieden und hebt gegenüber ungebildigen Erwartungen hervor, daß von der Antwort auf die drei Rückfragen Wilsons unmittelbar die weitere Haltung Wilsons selbst abhängen wird, nicht aber die der mit ihm verbündeten Entente-

mächte.

Das „Berl. Tagebl.“ sagt: Es muß so klar als möglich werden, daß die neuen und die alten Gewalten bei jedem Schritt völlig einig sind. Mit Genugtuung lasse sich aus Äußerungen in den konservativen Blättern feststellen, daß auch in konservativen Kreisen die Aufgabe der Stunde in ihrer ganzen Bedeutung erkannt wird. Damit erhält der Friedensschritt der neuen Regierung auch im Auslande ein verständiges Gewicht.

Die „Morgenpost“ meint: Es sei falsch, von irgend welchen Gewalten zu sprechen, die diesen Krieg geführt haben

in dem Sinne und in der Absicht, daß sie im Gegensatz zum deutschen Volke gebracht werden sollen.

Weiterführung des Friedensschrittes.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt zu der Antwortnote des Präsidenten Wilson: Die Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf den deutschen Friedensschritt ist bei den hiesigen amtlichen Stellen heute bekanntgeworden und wird binnen kurzem mitgeteilt werden. Wir haben Grund zur Annahme, daß sich eine Weiterführung des Friedensschrittes ermöglichen wird.

Ludendorff in Berlin.

Berlin, 9. Oktober. (W. T. B. Amtlich.) Der Exek. Generalquartiermeister General Ludendorff traf aus dem Großen Hauptquartier zu Besprechungen in Berlin ein.

Noch kein Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 10. Oktober. (Meldung unseres Berliner Vertreters.) Ein Berliner Blatt berichtet, daß der Reichstag am Sonnabend zusammenetreten werde. Ich erfahre hierzu, daß ein Beschluß darüber noch nicht getroffen ist. Vermöglich ist es dem Präsidenten überlassen, den Reichstag einzuberufen. Der Präsident wird von seiner Vollmacht jedoch erst dann Gebrauch machen, wenn es die Regierung für wünschenswert hält, den Reichstag zusammen zu sehen. Bis auf weiteres glaubt sie zu einer Aussprache über die Kriegserreiche nicht raten zu können. Und die Antwort Wilsons hat den Zusammentritt des Reichstags weiter hinausgeschoben. Die Regierung wird sich beeilen Wilson die gewünschte Aufführung zu geben und wenn dann seine definitive Antwort eintrete, wird sie dem Reichstag Rechenschaft

England und das Friedensangebot.

• Basel, 9. Oktober. (Priv.-Tel.) „Daily Telegraph“ meldet: Das englische Kabinett nimmt offiziell zur deutschen Note erst nach ihrem Eingang aus Washington Stellung. Bis dahin kann nur von privaten Kundgebungen unverbindlicher Art gesprochen werden. Lloyd George lehnt für seine Person jede Information an Parlamentarier und Pressevertreter ab. Zu beachten ist die Steigerung aller Schiffspapiere in Liverpool, die bis zu 20 Schilling vom Hundert geht.

Die Meinung der französischen Kammer.

Paris, 8. Oktober. (Agence Havas.) Die Kammer tagte heute zum ersten Male seit dem Tage, an dem das Angebot der Mittelmächte an den Präsidenten Wilson veröffentlicht wurde. Abgelehnt von sehr seltenen Ausnahmen, wurde ein und dieselbe Meinung mit eindringlicher Schärfe zum Ausdruck gebracht. Es ist keine Verhandlung möglich, solange der Feind nicht die unbestreitbaren Bürden für eine Aufrichtigkeit gegeben hat und ohne Vorbehalt und Einschränkung alle Bedingungen Wilsons annimmt. Die Entschlossenheit der Abgeordneten in dieser Hinsicht ist unbedingt.

(Die gewundene Fassung dieser halbmäßigen französischen Meldung läßt erkennen, daß in der französischen Kammer doch recht beachtliche Widerstände gegen die Fortsetzung des Krieges vorhanden sein müssen. D. R.)

Ein Gedankenaustausch.

• Genf, 9. Oktober. (Priv.-Tel.) Der „Temps“ meldet: Zwischen den alliierten Kabinetten wurde ein Meinungsaustausch eingeleitet. Die entscheidenden Beschlüsse im Versailler Kriegsrat fallen am Donnerstag.

Die elsass-lothringische Frage.

Stockholm, 9. Oktober. (W. T. B.) „The Dogfight“ führt die Forderung Frankreichs nach Elsass-Lothringen auf den Willen der französischen Großkapitalisten zurück, der deutschen Industrie das Rückgrat zu brechen, und schreibt: Ein Deutschland, dem man die Eisen- und Stahlproduktion Elsass-Lothringens geraubt hat und das in seiner Rohstoffaufsicht von außen her behindert ist, ist kein Wettbewerber mehr für die Geschäftswelt der Westmächte, und wenn er noch so hart arbeitet.

Kopenhagen, 9. Oktober. (W. T. B.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Im „Sozialdemokraten“ erklärt Branting, daß das Programm des Prinzen Max hinsichtlich Elsass-Lothringens die Alliierten kaum befriedigen könne. Das Blatt bemerkt hierzu: Branting hat genug Geschichtskenntnisse, um zu wissen, daß Elsass-Lothringen tatsächlich germanisches Land mit algerianischer Bevölkerung ist. Er weiß auch, wie es seinerzeit Deutschland geraubt wurde. Man weiß nicht, ob die elsass-lothringische Bevölkerung eine Zusammengehörigkeit mit Frankreich der Autonomie innerhalb des Deutschen Reiches vorziehen würde.

Enttäuschung in Holland.

Hag, 9. Oktober. (Bris.-Tel.) Die Antwort Wilsons hat in holländischen politischen Kreisen, obwohl der Inhalt noch ziemlich eng mit den Vermutungen deckte, die man hier gezeigt hat, in allgemeinen enttäuscht. Die Enttäuschung ist deswegen groß, weil man die Grundidee der Wilsonschen Antwort: „Erst Räumung, dann Waffenstillstand“ angeht, der für Deutschland auf dem Spiele stehenden militärischen Interessen für unverhinderbar hält. Trotzdem ist die Überzeugung vorherrschend, daß der Friedensgedanke nicht unter den Tisch fallen wird. Es handelt sich jetzt darum, einen Modus zu finden, um die Forderung Wilsons mit den Interessen Deutschlands in Einklang zu bringen, damit ein Waffenstillstand zur Führung von Friedensverhandlungen herbeigeführt wird.

Die besetzten Gebiete als deutsches Druckmittel.

Bern, 8. Oktober. (W. T. B.) Oberst v. Wattenwyl stellt in der „Zürcher Post“ fest: falls die Verbündeten den deutschen Rückzug aus Nordfrankreich und Belgien mit Waffengewalt erzwingen wollten, so würden diese Länder für lange Zeit hinaus dem Kriege zum Opfer fallen, auch jolche, die unter dem Kriege bisher verhältnismäßig wenig gelitten hätten. Die in vorherer Kampfslinie liegenden Dörfer und Städte seien dem Untergang mit absoluter Sicherheit verfallen, ohne daß dabei böswillige Zerstörungen mitwirken müßten. Das einzige Mittel, diese Gebiete vor der Kriegserwürgung zu bewahren, liege in der rechtzeitigen Bereitschaft zum Verhandlungsbeginn mit dem zum Frieden ohne Erwerbungen entschlossenen deutschen Volke.

Die Entente besiegt Bulgarien.

Sofia, 8. Oktober. (W. T. B.) Der Vertreter der Transsanguinophthal meldet: heute, vormittag, fand im Eisenbahnamt unter Teilnahme von Morosow, des Generaldirektors der Eisenbahnen und Telegraphen, des Generals Lutow, des französischen Obersten Drouot und zweier englischer Offiziere eine große Sitzung statt. Auf der Lagesordnung stand die Übernahme der bulgarischen Eisenbahnen, Straßen, Häfen, des Telegraphen und Telephones, durch die Entente-Kontrollkommission, sowie die Besprechung über die Transportmöglichkeiten der Ententetruppen zu der ihnen vertragsmäßig zustehenden Besiegung der strategischen Punkte in Bulgarien. Gestern wurde Gueschow an der altsanguinophthal Grenze von der Entente besetzt, heute Rüstendil. In der Nacht vom 10. zum 11. Oktober soll ein französisches Regiment nach Sofia kommen, wahrscheinlich über Rüstendil. Von den unter den Waffen gehaltenen fünf Jahrgängen der bulgarischen Truppen (Jahrgang 38 bis 42) werden die 4., 8. und 10. Division neu aufgestellt. Diese drei Divisionen bilden die den Bulgaren zugestandene Truppenmacht. Mehr und mehr bricht sich in der Bevölkerung die Erkenntnis Bahn, daß für Bulgarien noch lange nicht Frieden ist, sondern Okkupation durch die Entente und Krieg. Als Ministerkandidat wurde von den Karabiniere der frühere Handelsminister Buroff aufgestellt.

Regierungswechsel in der Türkei.

Konstantinopel, 8. Oktober. (W. T. B.) Wie das Blatt *Vakt* erfährt, hat der Großwesir Talaat-Pascha dem Sultan die Demission des Kabinetts überreicht, die angenommen wurde. Die Leitung der Geschäfte bis zur Bildung des neuen Kabinetts ist dem früheren Botschafter in London Tewfik-Pascha übertragen worden.

Berlin, 10. Oktober. (Meldung unseres Berliner Vertreters.) Die Berliner türkische Botschaft teilt mit, daß sie zwar noch keine amtliche Bestätigung des Rücktritts Talaat-Pascas als Großwesir und Enver Paschas als Kriegsminister und Befehlshaber erhalten, doch ihr Rücktritt höchstwahrscheinlich erfolgt sei. Mir war schon von türkischer Seite in Berlin am Sonnabend mitgeteilt worden, daß in Konstantinopel versucht worden ist, das Ministerium zu stürzen und ein neues zu bilden, das demokratischen Tendenzen huldigen sollte. Der Umsturz ist nicht gelungen, aber Enver und Talaat waren doch gezwungen, zurückzutreten. Sie haben den beiden jungtürkischen Führern Tewfik Pascha und Izet Pascha Platz gemacht, die beide deutschfreundlich sind, ebenso ist der neue Minister des Außen Ahmed Riza ein ausgesprochener Deutschenfreund. Selbstverständlich haben die Vorgänge in Bulgarien die Änderungen in der Türkei erwartet und die Umsturzbewegung nahm an den Vorgängen in Bulgarien ein Beispiel. Sie konnte sich aber, wie gesagt, nicht durchsetzen.

Kleine Mitteilungen.

Fortsetzung des Gefangenenaustausches mit Frankreich. Wie bereits angekündigt wurde, ist am 7. Oktober ein Austausch mit 500 französischen aus Frankreich eingetroffen. Er brachte u. a. die Deutschen, die vor Kriegsausbruch in Marokko ansässig waren und nun endlich aus französischer Hand befreit sind. Es ist zu hoffen, daß trotz der immer wieder auftretenden Schwierigkeiten der allgemeine Austausch der französischen Internierten im Laufe der Zeit ganz durchgeführt werden wird. Von Seiten der deutschen Regierung geschieht dauernd alles, um dieses Ziel zu erreichen.

Rücktritt des spanischen Kabinetts. Aus San Sebastian wird gemeldet: Das Kabinett ist zurückgetreten.

Ein amerikanischer Dampfer gesunken. Der amerikanische Dampfer „Tampa“ ist am 28. September an der englischen Küste mit allen an Bord befindlichen Personen, bestehend aus 10 Offizieren und 107 anderen Personen untergegangen.

Wahlrechtsreform in Sachsen.

Dresden, 9. Oktober. (W. S. L.) Unter dem Vorsitz Sr. Maj. des Königs und in Gegenwart Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen fand heute eine Sitzung des Gesamtministeriums statt. In ihr wurde als Tag der Einberufung des verlangten ordentlichen Landtages der 28. Oktober festgesetzt und das Ministerium des Innern mit der Aufarbeitung einer Gesetzesvorlage beauftragt, die das bestehende Landtagswahlrecht zur Zweiten Kammer durch ein solches auf breiter Grundlage ersetzen soll.

Ein Aufruf in ernster Stunde.

Der Weiters Vorstand der deutsch-konservativen Partei hielt am Mittwoch im Herrenhaus zu Berlin eine aus allen deutschen Bundesstaaten und allen preußischen Provinzen äußerst zahlreich besuchte Versammlung ab, die der Besprechung der politischen Lage gewidmet war.

Es gefiel einstimmig die nachfolgende Entschließung zur Annahme:

Deutsche Männer und Frauen!

Das Vaterland ist in Gefahr. Mit unerhörter Wucht stürmt feindliche Übermacht gegen unsere Mauer im Westen. Was unseren Vätern und uns heilig und teuer gewesen ist, steht auf dem Spiele: Preußen, der Staat Friedrichs des Großen, für den unsere Väter in den Befreiungskriegen geblütet haben, das Werk der Hohenzollern, das neue Deutschland Wilhelms des Ersten und Bismarcks, mit allen seinen Bundesstaaten.

Das alles kann und darf nicht untergehen!

Wenn der Präsident Wilson für den Eintritt in Friedensverhandlungen und bei ihnen Bedingungen stellt, deren Annahme Deutschlands Ehre und Unversehrtheit, unser nationales Dasein und die wirtschaftliche Zukunft aller Völker vernichten würde, dann muß das deutsche Volk mit Einsicht seiner äußersten Kraft den Kampf fortsetzen, bis ein ehrenvoller Friede errungen sein wird.

Diesem Ziele, diesem einen Gedanken alles unterzuordnen, ist unsere erste und dringendste Pflicht. Deshalb wollen und müssen wir, dem Aufrufe unseres Kaisers folgend, unserer Besten einsehen, jeden Muskel, jeden Nero anspannen und in alle Volkskreise das Bewußtsein tragen, daß es jetzt um unser Höchstes geht.

Von Anbeginn an ist unsere Partei für die starke Wehr des Vaterlandes eingetreten. Auch in diesem furchtbaren Kriege steht sie voll unerschütterlichen Vertrauens hinter unserem tapferen Heere, fest entschlossen, alles zu tun, was dessen Widerstandskraft stärken kann.

Hierzu gehört, daß wir in der Heimat weiter jedes Opfer willig tragen, daß wir alles zurückstellen, was uns dadurch menschlich oder wirtschaftlich trennen könnte.

So schwer auch die Bedenken gegenüber der neuen Steuerung unserer innerpolitischen Zustände sein mögen, sie müssen zurücktreten, solange es gilt, daß das deutsche Volk wie ein Mann im entscheidenden Kampfe zusammensteht.

Nichts anderes gibt es jetzt, als den Kopf oben behalten, nicht kleinlaut werden, nicht zwecklos an unserer gewaltigen deutschen Kraft. Jetzt heißt es, den Hellen im Himmel vertrauen, der unser Volk auch in diesem Kriege bisher höchst geschützt hat und der, wie wir zuversichtlich hoffen, nicht zulassen wird, daß die unendlichen Opfer für die Wahrung unseres Daseins und unserer nationalen Ehre umsonst gebracht werden sollen.

Für diese unsere heiligen Güter wollen wir weiter kämpfen, wenn es sein muß, bis zum letzten Mann!

Gott schütze Deutschland!

Auf Frieden vorbei?

Von maßgebender Seite wird uns geschrieben: Mitten hinein in die hochgepannte Erwartung, welche die Welt seit Erlass des Friedensangebots in Atem hält, fällt eine Aussicht erregende Erfüllung des Freiburger Professors Dr. v. Schulze-Gaeveritz, welche ehrlich über die Beweggründe der Mittelmächte sich mit ihrem Angebot gerade an den Präsidenten Wilson zu wenden, mittelbar Aufschluß gibt, vor allem aber deshalb von größtem Interesse ist, weil sie die Politik des Herrn v. Bethmann-Hollweg im Jahre 1916 und Anfang 1917 in einem neuen, höchst bedeutsamen Licht erscheinen läßt. Der Widerstand, den Herr v. Bethmann-Hollweg dem im Jahre 1916 im größten Teil des deutschen Volkes sich auf das lebhafte geltend machenden Verlangen nach dem uneingeschränkten U-Bootkrieg entgegensezte, wurde natürlich allgemein auf höchste Gründe zurückgeführt. Nun teilt uns aber der fortschrittliche Abgeordnete mit, daß der damalige Reichskanzler schon im Jahre 1916 den Präsidenten Wilson um seine Vermittlung zur Herbeiführung eines Friedens erfuhr und ihm auch die sehr möglichen deutschen Friedensbedingungen mitgeteilt hatte. Das war also der Grund des anfänglichen Widerstandes des linken Kanzlers gegen den U-Bootkrieg.

Ganz unbegreiflicher Weise aber halte Herr von Bethmann-Hollweg der deutschen Öffentlichkeit die Tatsache seines Erfolgs an Wilson vorenthalten, die den Kampf um den uneingeschränkten U-Bootkrieg nocheinmal generiert haben solange zum Stillstand bringen müssen, bis sich die Friedensvermittlung so oder so ausgewirkt hätte. Obwohl Herr v. Bethmann-Hollweg also mit Wilson in Verhandlungen getreten war, und von diesem sogar eine feste Zusicherung der Vermittlung in der Hand hatte, wagte er es, in unbegreiflicher, hier kann man wohl sagen, frevelhafter Schwäche, aus Furcht vor der zu erwartenden Opposition der nationalen Presse nicht, der Agitation für den U-Bootkrieg, mit der Angabe seiner höchst triftigen Gründe entgegen zu treten. Selbstverständlich hätte die nationale Presse, wenn ihr die Verhandlungen des Kanzlers bekannt gewesen wären, und wenn sie von allem unterrichtet gewesen, nicht den U-Bootkrieg als die Erröfung geprägt.

Der Kanzler mußte aber auch wissen, daß Wilson die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges als einen Schlag ins Gesicht empfinden würde. Die deutsche Öffentlichkeit wenigstens wäre sich gewiß darüber klar gewesen. Denn er hatte sich als Gegenbedingung für die Übernahme der Vermittlerrolle ausdrücklich ausbedungen, daß Deutschland sich in den Grenzen des Völkerrechts halte. Es mußte also Herrn v. Bethmann-Hollweg ein Leichtes sein, diejenigen, die noch an dem Ernst der Wilsonschen Ansichten zweifeln, auf den richtigen Weg zu führen. Der Streit um den U-Bootkrieg wäre erledigt gewesen, denn selbst alle, die über die Nachpolitik Amerikas ihre eigenen durchaus

möglichen aus der Geschichte der Union sich herleitenden Unrichtigkeiten hatten, hätten der offensuren Tatsache des ernst gemeinen Vermittlungserfolges Wilsons gegenüber zunächst einmal ihre Bedenken zurückgestellt und abgemildert, ob Wilson in der Tat entschlossen war, England gegenüber Ernst zu machen. Dengemäß hätte der Kanzler die Pflicht gehabt, seinen ganzen Einfluß gegen den U-Bootkrieg einzulegen und zwar mit voller Angabe der Gründe. Umso mehr, da er auch Kenntnis davon haben mußte, wie von Schulze-Gaeveritz ebenfalls mitteilt, daß Wilson entschlossen war, im Falle Deutschlands den U-Bootkrieg begann, in der Union die Wehrpflicht einzuführen. Statt dessen ließ Bethmann es geschehen, daß die U-Bootnotie erging. Und gab nunmehr der Northcliffe-Presse freie Bahn für die unheilsame Propaganda in Amerika, deren Früchte uns allen ja nur zu bekannt sind. Es steht also fest, (wir haben heute keinen Grund mehr, an den Angaben des fortschrittlichen Abgeordneten zu zweifeln), daß Wilson entschlossen war, aufrichtig und ehrlich eine Vermittlung unter den Bedingungen: Freie Meere, die Regierung aller Völker — nur unter Zustimmung der Regierungen, Weltfriedensbund, in die Wege zu leiten. Und es scheint ferner festzustehen, daß er entschlossen war, wichtige Mittel England gegenüber anzuwenden, um einen Frieden zu diesen Bedingungen zu erzwingen. Doch es geht anders gekommen ist, danken wir Herrn v. Bethmann-Hollweg und seiner schwantenden, stets eines festen Ziels entbehrenden Politik.

Selbst die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gibt (wahrscheinlich mit Einverständnis der Regierung) zu, daß die Ausführungen des fortschrittlichen Abgeordneten Untergang haben. Und wenn man unsere Politik vor sich überziehen läßt, wenn man die Zeiten Bethmanns zurückfahren heißt, wird einmal dieses klar, angesichts dieser Entwicklungen. Indessen ist es selbstverständlich noch nicht sicher (das wird der Geschichte überlassen bleiben müssen), ob die Schlussfolgerungen, die Schulze-Gaeveritz gezogen hat, auch richtig sind; daß wir uns Amerika vom Halse hätten kosten können und daß wir den Frieden schon im Sommer 1917 haben könnten. Heute ist es schwer, hier feste Behauptungen aufzustellen. Man wird abwarten müssen, ob sich in dieser Frage nicht noch weitere Klärungen ergeben. Trifft es zu, daß Wilson ein ehrlicher Kämpfer war, trifft es zu, daß England sich dem Wilsonschen Friedensdiktat beugen wollte, dann wird Bethmann es vor der Geschichte verantworten müssen, den Krieg verlängert zu haben. Selbstverständlich muß sich der begeisterte Deutsche freisprechen, der dem uneingeschrankten U-Bootkrieg das Wort redete. Sie hätten anders geurteilt, wenn, wie gesagt, Bethmann offene Politik und gerade Politik getrieben hätte, wenn er nicht hinter den Kulissen allein gewurfelt hätte und, wie es scheint, selbst maßgebenden Stellen nicht einmal Kenntnis von den Vorgängen gab.

Aus der Oberlausitz

Böhmischweida, 10. Oktober.

— * Flottenbund Deutscher Frauen. Der von der hiesigen Drisgruppe gestern abend im Festsaale des Kal. Seminars veranstaltete Vortragabend war außerordentlich zahlreich besucht. Im Namen der Vorsitzenden begrüßte Herr Oberpfarrer Schulze die Erschienenen in einer Ansprache, in der er zum Schlus auch auf die Antwort Wilsons auf die deutsche Friedensnot hinzuwies und der Erwartung Ausdruck gab, daß der deutsche Reichstag die gebührende Antwort auf die Forderungen Wilsons erteilen werde. Herr Lehrer Greißmann in Löbau schrieb in seinem außerordentlich fesselnden Vortrag seine Erfahrungen während vierjähriger Gefangenenschaft als Häftling in Russland, wobei er auch interessante Streiflichter auf den tiefen Kulturstand der sibirischen Volksstämme war. Ein ausführlicher Bericht über den mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgt in der nächsten Nummer.

— g. Über das „Luther-Schauspiel“ von Dr. David Koch, das Freitag, den 18. Oktober im Vortragssalon des Evangel. Bundes durch den Königl. Württemb. Hofschauspieler Will-Mittenheim dargeboten werden soll, schreibt Hans Bodenfeld: „Die Dichtung trägt den Untertitel: „Ein deutsches Schauspiel“. Mit vollem Recht. Kirchensorgte nicht der Verfasser, daß die Religion Quelle der Kraft und Motiv aller Kämpfe des Reformators ist, aber nachdrücklich unterstreicht er auch den Trost des Deutschen in Luther wider alle weltliche Tyrannie. So gewinnt sein Held zugleich die Illg eines deutschen Roland, der sich, wie Hugo Ledermann Bismarck an der Elbe, schirmend über seinem Volke erhebt. Es ist fürwahr „Der deutsche Prophet“, den Koch uns zeigt, fähig, seinem Volk Funken aus der Seele zu schlagen.“

— * Lederhosenwerk für Kinder. Bereits vor einiger Zeit hatte die Reichsstelle für Schuhverarbeitung die Schuhbedarfsvereine-Laufstättengesellschaften ermächtigt, für Kinder bis zu drei Jahren innerhalb jedes Jahres auch noch einen zweiten Schuhbedarfsschein zu bewilligen, sofern eine Arbeitsbeschäftigung über nur ein Paar getragener Schuhe oder Stiefel mit Ledersohle vorgelegt wurde. Deutlich hat die Reichsstelle für Schuhverarbeitung eine Bekanntmachung veröffentlicht, die den Eltern die Möglichkeit gibt, für ihre Kinder bis zu sechs Jahren unter den genannten Bedingungen höchstens einen zweiten Schuhbedarfsschein zu erhalten. Die Laufstättengesellschaften sind verpflichtet, den zweiten Schuhbedarfsschein auszustellen ohne Rücksicht darauf, ob das Paar abgegebener Schuhe herren-, Damen- oder Kinderschuhsohle war. Gleichzeitig ist veranlaßt worden, daß die Erzeugung von Kinderschuhen erheblich gefördert wird. Kann die Produktionshebung und die bessere Belieferung der Schuhwarenhändler auch nur nach und nach vor sich gehen, so wird von der Reichsstelle für Schuhverarbeitung doch alles getan, um die Mängel über eine mangelfreie Versorgung der Kinder mit Beberschuhwerk verstimmen zu lassen.

— * (W. S.) Freiwilligkeit der Landesfürsorgeleistungen. Bei der Landesfürsorgeleistungslage laufen fortgesetzte Klagen über Verletzung der Vorschriften über die Freiwilligkeit der Landesfürsorgeleistungen ein. Diese Freiwilligkeit darf durch fei-

sozialen Heidegenossen, Ausfuhrverbote oder andere Beschränkungen der Kommunallverbände oder Gemeinden eingezogen werden, den Kommunallverbänden bzw. Gemeinden steht nur das Recht zu, die in ihrem Bezirk erbauten Kartoffelfeldern durch Ankauf überzeugstellen, soweit sie zur Deckung des Bedarfs der Einwohnerchaft gebraucht werden. Jede Lieferung auf Landeskartoffelfeldern ist dem Erzeuger anzuraten. Manche Erzeuger, die dem über jenem nichts abgeben wollen, verfangen sich hinter Verbote der Kommunallverbände oder Gemeinden, die jedoch gar nicht vorhanden sind. Daraus möge jeder, dem ein Erzeuger die Belieferung von Landeskartoffelfeldern mit Beziehung auf ein angebliches Ausfuhrverbot aber dergestalt ablehnt, sich zunächst bei dem zuständigen Kommunallverbund oder der Gemeinde nach der Sache erläutern. Es werden sich dann viele Behörden als unbegründet herausfinden.

* Die Wintersausgabe 1918/19 des Bild-Jahresheimes für das Königreich Sachsen ist am 1. Oktober im Verlag der Dr. M. u. R. Socher in Dresden erschienen. Das bekannte und beliebte Kursbuch enthält neben lärmischen Lüften des Königreichs Sachsen auch diejenigen Thüringens, des Herzogtums Sachsen, des Kreisgebirges, Nordböhmens und alle Ansiedlungen Deutschlands und Österreichs, welche für Geschäfts- und Vergnügungsreise wichtig sind. Neben den noch bestehenden Automobil- und Postverbindungen findet der Reisende auch ein Verzeichnis der Weisen und Märkte, sowie eine Hotelatlas. Infothe der hohen Taxipreise und Arbeitslöhne mußte der Preis auf 90 kr erhöht werden.

* Schwerin für das Heer. Die Heeresverwaltung befindet schon in den nächsten Wochen dringend einer größeren Zahl von gemusterten Schweinen, um für schnellere Abfertigung einen besonderen Nutzen zu geben, soll für alle Tiere, die 180 Pfund Lebendgewicht haben und die in den nächsten Wochen — bis zunächst Ende Oktober — abgeliefert werden, Futter geliefert werden. Für die Tiere wird der Vertragspreis von 130 kr für den Zentner und 35 kr Stückzulage gezahlt, auch wenn ein Kaufvertrag nicht abgeschlossen wurde.

* 2. Heimatbank-Lotterie. Die Lotte der 2. Heimatbanklotterie finden, was angesichts des edlen Zweckes, dem die Lotterie dient, sehr erfreulich ist, einen sehr reichen Abzug. Man wird deshalb gut tun, sich beizutragen, ein Los dieser mit ungewöhnlich günstigen Gewinnmöglichkeiten ausgestatteten Lotterie zu sichern. Lotte sind zum Preise zu je 3 kr in allen Losgeschäften zu haben und auch durch den Hauptvertrieb, Königl. Sächs. Spartenbank in Dresden, zu beziehen.

* Auszug aus der Berliner Liste Nr. 546 der Königlich Sächsischen Armee: August, Richard, Wehrsdorf, l. v. — Kuli, Paul, Gfr., Oberneukirch, l. v. — Beck, August, Ulrich, Wehrsdorf, vermählt. — Berg, Max, Schmiedefeld, vermählt. — Boden, Alwin, Großröhrsdorf, vermählt. — Bönicke, Georg, Bischofswerda, l. v. — Tritsch, Paul, Großhartau gefallen. — Frömmel, Arno, Gfr., Brehna, vermählt. — Garth, Hermann, Oberneukirch, l. v. 28. 5. 18 zur Erl.-Lz. zur. — Höhnel, Richard, Stadta. schw. v. — Höhnel, Erich, Oberneukirch, l. v. — Häubner, Kurt, Wilthen, vermählt. — Jäger, Paul, Oberpitschen, l. v. — Keppl, Friedeck, Großröhrsdorf, vermählt. — Kittau, Ernst, Niederneukirch, vermählt. — Küttner, Edwin, Bohla, vermählt. — König, Bruno, Kammenau, l. v.

Goldsbach, 10. Oktober. Auszeichnung. Für bewährte Tapferkeit vor dem Feind wurde dem Schützen Martin Schädel zur Friedrich August-Medaille das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen.

* Demitz-Thumitz, 10. Oktober. Eine größere Anzahl von Beamten und Arbeitern der Firma C. G. Kunath, Inhaber Herr Kommerzienrat Heinrich und Herr Kaufmann Jahn in Dresden, kann auf eine 30-35jährige Tätigkeit bei der Firma zurückblicken. Aus Anlaß dieser langjährigen treuen Dienstzeit fand am 8. Oktober eine feierliche, aber würdige Feier statt unter Anwesenheit des Herrn Geh.-Rat Amtshauptmann Dr. v. Pflugk, Herrn Kaufmann Jahn, Herrn Gemeindevorstand Röke und Herrn Betriebsdirektor Rodig, Herrn Geh.-Rat Dr. v. Pflugk gehoben mit ehrenden Worten der bewiesenen Treue und überreichte nachstehend genannten Beamten und Arbeitern das Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit: Bruchmeister Heinrich Röger, Bruchmeister l. R. Ernst Pauli in Demitz-Th., Steinmeier Hermann Garten, Böhnia, Steinmeier Wilhelm Mausch, Schmölln, Steinmeier Adolf Kleinhempel, Karlsdorf, früherer Steinmeier jetzt Wädens August Gneuss, Stadta. Steinmeier August Lehmann, Wedewitz, Pflastersteinarbeiter Ernst Rodig, Reichsmühle, Pflastersteinarbeiter Bernhard Wacka, Schmölln, Steinarbeiter Louis Höltich, Stadta. und Steinarbeiter August Wacker, Stadta. Von der Firma wurden den Ausgezeichneten unter Worten des künftigen

Für
Landwirte und Geflügelzüchter

Kunststoffschiff ist Gold!

„Seureka“
mit patentiertem Wahlrost die besten Erfolge.
Wegen allem Rüheren wenden Sie sich an

Max Stautha, Bischofswerda,
Sachsen.
Landw. Maschinenhalle.
Am Mühlteich Nr. 7. Telephon 168.

Kraftvolle deutsche Gegenstoße.

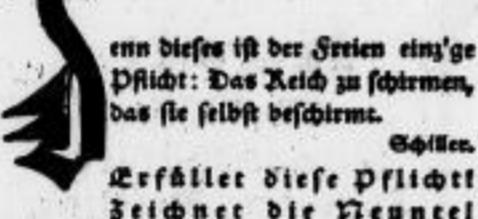
Großes Hauptquartier, 10. Oktober, mittags.
(W. T. B. Amlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Auf dem Schlachtfeld zwischen Cambrai und St. Quentin nahmen wir rückwärtige Stellungen ein. Cambrai wurde von uns geräumt. Durch erfolgreiche von Panzerwagen unterstützte Gegenangriffe, die uns am Abend des 8. 10. südlich von Cambrai wieder in den Bereich von Seronevillers und der Höhe beiderseits von Gones brachten, haben die französischen Regimenter, sowie Truppen der deutschen Jäger-Division die Lösung vom Gegner wesentlich erleichtert. Im Laufe des gestrigen Tages ist der Feind beiderseits der Römerstraße in Richtung le Cateau mit stärkeren Kräften geflohen. Unsere Truppen weichen seine hier in Verbindung mit Panzerwagen angelegte Kavallerie ab, mehrfachen stärkeren Infanterieangriffen widersteht sie heftig kämpfend auf ihre neuen Stellungen aus. Um Abend stand der Feind östlich der Linie Bertry—Buligny—Bois.

In der Champagne wurden feindliche Teilstreitkräfte bei der St. Etienne abgewiesen. Zwischen den Argonne und dem Rücken von Ornes brach der Amerikaner am östlichen Massauer in Verbindung mit Franzosen erneut zu einheitlichem Angriff vor. Um Ronde der Argonne schickten sie unter schweren Verlusten für den Gegner Cornay, in das der Feind eindrang, wurde wieder genommen. Der Hauptstoß der zwischen Aire und Moos geführten Angriffe war gegen Sommerouze und Romagne gerichtet. Beide Orte blieben nach wechselseitigen Kämpfen in unserer Hand. Den über Romagne und östlich davon über Cunel vordringenden Feind waren badische Regimenter wieder zuwider. Auf dem östlichen Massauer schlugen wie den Feind bei und östlich von Storck ab und nahmen Storn, das vorübergehend verloren ging, wieder. Nordwestlich und östlich von Beaumont ist der Ansturm des Gegners vor den Linien österreichisch-ungarischer Jäger und rheinischer Regimenter gescheitert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.



Dankes für ihr treues Aushalten und den besten Wünschen für die Zukunft nachhaltige Geldgeschenke überreicht.

Neudorf b. Saalburg, 10. Oktober. Aus französischer Gefangenenschaft, in der er vier Jahre gefangenhatte, zurückgetreten ist am 8. Oktober der Garde-Marshall Hartmann, Sohn des Wirtschaftsbüchers Herrn Hermann Hartmann, von seinen Angehörigen auf das frohest empfangen.

Zittau, 9. Oktober. Neuer Amtshauptmann. Wie ähnlich mitgeteilt wird, soll Regierungsrat Richter im Landeslebensmittelamt vom 1. Dezember dieses Jahres oder 1. Januar 1919 an mit der Leitung der Amtshauptmannschaft Zittau beauftragt werden. Als sein Nachfolger im Landeslebensmittelamt ist Regierungsrat Dr. Gerth von der Kreishauptmannschaft Dresden in Aussicht genommen. Regierungsrat Richter ist von seiner Tätigkeit als Regierungssamtmann in Zittau noch in bestem Andenken. Er wird in Zittau Nachfolger des jüngst verstorbenen Amtshauptmanns von Wachau.

Neues aus aller Welt.

Hoch singt das Lied vom braven Mann. Im Reservekavallerie in Trier hat sich ein deutscher Soldat auf Bezug des Arztes bereit erklärt, zur Lebensrettung eines englischen Soldaten, der Familienvater ist, eine Blutübertragung vornehmen zu lassen. Engländer und Franzosen hatten das Opfer abgeschlagen.

Reicher Kinderlegen. Der Zechenarbeiter Friedrich aus Holderberg bei Mörs, dem im Jahre 1916 Drillinge geschenkt wurden, durfte sich am 19. September der Ankunft von gefunden Zwillingen erfreuen. 14 Jungen und 3 Mädchen wurden ihm geboren, von denen 9 Jungen und 2 Mädchen noch leben. Bei den Drillingen hat der Kaiser die Patenschaft angenommen.

Gesucht für sofort einen

Knecht

bis Weihnachten zur Aushilfe, welcher die Landwirtschaft gründlich versteht und guter Verdwärter ist

Franz Böhme,
Dresdner Straße 66.

Kontorlehrling

für Oster 1919 sucht
Oswald Tannert,
Holzwarenfabrik, Wehrsdorf i. Sa.

kleine gebrauchte, aber gut erhaltene,

Hänsel-Maschine

wird zu kaufen gesucht.
Großhartau Nr. 90.

Leute Depeschen.

Vor schicksals schweren Entscheidungen.

Berlin, 10. Oktober. (Priv.-Tel.) Obwohl die Willkür in ihrem amtlichen Wortlaut noch nicht vorliegt, sind bereits gestern abend um 6 Uhr der Reichskanzler, der Befehlshaber, die Staatssekretäre und die entscheidenden militärischen Stellen zu einer Sitzung zusammengetreten, um, so weit das auf Grund des vorliegenden, aus englischen Quellen stammenden Tages möglich ist, über die zu erzielende Antwort zu beraten.

Hamburg, 9. Oktober. (Priv.-Tel.) Die „Hamb. Nachr.“, das bekannte ehemalige Bismarckblatt, schreiben: Die Regierung steht vor einer schicksals schweren Entscheidung und wird sich in der freiwillig und aufrichtig übernommenen Verantwortung darüber klar sein, daß von dieser Entscheidung die ganze Zukunft des deutschen Volkes bis in die fernsten Zeiten abhängt. Ihre Entscheidung kann sie nur treffen im Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung, mit der sie die ganze Friedensnot bis zum letzten Sahe, der vom Waffenstillstand spricht, vereinbart hat. Die Oberste Heeresleitung muß auch jetzt beim Mittelliste der Antwort Billows ihr gewichtiges Wort in die Wagschale werfen. Wir haben der Obersten Heeresleitung immerdar vertraut und halten an diesem Vertrauen unbeirrt fest, auch wenn wir die Notwendigkeit, daß sich unser Volk nach seien mehr als vierjährigen Kriegsleistungen diese Antwort Billows zumuten lassen muß, mit grimigem Schmerze vermerken.

Die Sowjetregierung lädt 250 Gefangene erschießen.

Petersburg, 7. Oktober. (W. T. B.) Die Presse meint, daß in Petrograd als Antwort auf die Erziehung des Mitglieds der außerordentlichen Kommission Tegereffs, welcher aus dem Petersburger Sowjet abkommandiert war, und für den Überfall auf den Gefangenenauffänger 250 Gefangene erschossen worden sind.

Rücktritt des polnischen Ministerpräsidenten.

Warschau, 9. Oktober. (W. T. B.) Kucharewski rüttete, wie das Pressebüro beim Ministerpräsidenten mitteilte, ein Schreiben an den Regierungsrat, in dem er um sofortige Enthebung von der Stellung des Premierministers und um gleichzeitige Entbindung von dem Auftrage bittet, ein neues Kabinett zu bilden. Kucharewski fügte hinzu, daß sein Entschluß unwiderruflich sein wird.

Königlich Sächsische Landeslotterie.

Ziehung am 9. Oktober. — (Ohne Gewähr.)

10 000 Mark auf Nr. 64 749.
5000 Mark auf Nr. 67588 87169.
3000 Mark auf Nr. 5764 9204 10160 11204 18707
23089 32366 36338 41210 46353 47045 54838 59428 67927
74212 76672 78637 82069 83002 94939 106319 108315.
2000 Mark auf Nr. 1328 3101 5196 11852 18840 24500
30977 41325 47288 48440 55172 58601 72389 79748 89118
90229 98742 98839 103658 106833.
1000 Mark auf Nr. 2825 2550 6712 9414 11503 12849
14564 22265 25090 27635 29529 35873 38852 40599 41008
42967 44475 46674 46790 46019 47582 49298 49912 53760
55933 57795 58458 59030 62282 68723 68725 70931 71487
72800 73634 73790 74658 76665 78642 80720 81478 84535
85943 86176 88221 88684 89630 91939 94017 96335 97074
99057 100421 101843 103103 106969 108756.

Wetterbericht vom 9. Oktober, abends: Ein Schönwettergebiet hat sich weiter nach Deutschland ausgedehnt und verdeckt aufscheiterndes, tagsüber ziemlich mildes Wetter. Der Einfluß des nördlichen Schlechtwettergebietes ist vorläufig aufgehoben, dürfte aber später wieder zunehmen. — Die leichte Nacht brachte West- und Mitteldeutschland verbreitete Bodenfröste.

11. Oktober: Wolkig, zeitweise heiter, mild, strichweise etwas Regen.

12. Oktober: Ziemlich milde, wechselnd bewölkt, zeitweise besser, strichweise geringer Regen.

13. Oktober: Wolkig bis trüb, zeitweise heiter, ziemlich milde, etwas Regen.

14. Oktober: Bei wechselnder Bewölkung und ziemlich milde Temperatur strichweise etwas Regen.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Friedrich May, verantwortlicher Schriftleiter: Mag. Fiederer, sämtlich in Bischofswerda.

Rumänische Zugochsen



(7-8 Rentner) verkauft wegen Anschaffung eines Motorpfuges zum Gewichtspreis, wie eingekauft, gegen Lieferung von Schlachtvieh

Rittergut Birkau. Telefon Amt Zeitliche 2.

Zwischen Karte vom

Westl. Kriegsschauplatz

zum Preise von 1 Mark zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Nr. Beseitung durch die Post gegen Voreinsendung von Tel. 1.10 inc. Porto.

Offizielle Stellungnahme Gesellschaften zur Abgabe der Steuererklärung für die Beaufsichtigung der zulässigen Steuererklärung für das Rechnungsjahr 1918.

Bei Gründ des § 34 Abs. 2 des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsaufgabe für das Rechnungsjahr 1918 vom 28. Juli 1918 (R. G. Bl. S. 964) werden die Vorstände, persönlich bestehenden Gesellschafter, Repräsentanten, Gesellschafter oder Aktionären:

1. einer militärischen Waffengesellschaften, Kommandanturen auf Schiffen, Bergwerksbetrieben und anderen Bergbau- und Industrieunternehmungen, insoweit solche sie die Rechte juristischer Personen haben, Gesellschaften und Verbindliche Haftung und eingesetzten Geschäftsführern,
2. einer Gemeinschaft der vorbereiteten Art, die ihren Sitz im Auslande haben, oder im Inland einen Geschäftssitz unterhalten,

aufgefordert, nach dem vorgeordneten Befehl eine unverzüglichkeit vollzogene und mit der Sicherung, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind, verfasste Steuererklärung

spätestens bis zum 31. Oktober 1918 bei den unterzeichneten Bezirksteuerämtern einzureichen.

Kohlenversorgung im Bezirk Bautzen-Land.

Von Regierungsschreiber Dr. Böhme.

Die Kohlenversorgung gehört zu den Gebieten unserer Staatswirtschaft, die am schwersten zu regeln sind und besonders kritisch der Allgemeinheit auch in unserer Bezirke betroffen. Diese führt zunächst auf der Tatwaffe, dass Deutschland reiche Kohlenvorräte besitzt und dass die Rohre nicht beschädigt sind und etwa wie Bratzerde verteilt wird. Die Annahme reicher Kohlenvorräte ist jedoch nur dann richtig, wenn man die in der Erde ruhenden Kohlenhydrate meint, unrichtig dagegen, wenn sie sich auf die Kohlenförderung und die bereits zu Tage geförderten Kohlen bezieht. Vergleicht man die allerbesten Gründen Bedürfnisse der Eisenbahn, der Marine, des Haushaltens und der gewerblichen Industrie mit den verfügbaren Mengen, so wird, bei unserer heutigen Lage allmonatlich eine Föderation von mehreren Millionen Tonnen festgestellt werden. Dies erklärt sich aus dem Mangel und der minderen Leistungsfähigkeit von Arbeitsträgern, dem Aufstand der Grubeneinrichtungen und Betriebsmittel und aus der Tatsache, dass im Bereich der Norden Deutschlands von England, der Süden mehr als je möglichst von Österreich beliefert worden ist. Die Versorgung dieser Gebiete muss daher mit deutscher Kohle erfolgen, ohne dass entsprechende Handelsbeziehungen von der Friedenszeit her vorhanden sind. Der Mangel an Transportmitteln erlaubt nicht nur diese Versorgung, sondern bewirkt auch in verkehrsgünstiger Zeit (Herbst, Winter, Frühjahr). Bestandsanforderungen auf den Gruben, die den Eindruck reichlicher Kohlenvorräte erwecken, sich aber tatsächlich noch vor Ablauf der vertragsgünstigen Zeit erhöhen. Ein Teil der Produzenten und des Handels leidet den Misshandlungen des Reichskohlenkommissars nur ungern Folge, dessen bevorstende Aufgabe die Verförderung der vom Erzeugungsgebiet weit abgesetzten Bezirke während der vertragsgünstigen Zeit unter Einschränkung höchst geplanter Beute ist. So erklären sich auch Behauptungen von Händlern und Produzenten, die ein näher gelegenes Bezirk vorheriges Interesse haben, dass sie in der Lage wären, reichliche Kohlen zu liefern, wenn es ihnen durch die Rohstoffversorgung ermöglicht würde.

Die Bewirtschaftung der Kohle kann mit der des Ge-

Geldes gleich sein. Sperrungen von Rohrleitungsbauungen wegen Tauschgeschäften sind mehrfach gescheitert worden. Die bei jedem Schleusenabsatz ist eine allgemeine Belebung nur durch Willkür der Allgemeinheit möglich.

Die oben bezeichneten Personen sind zur Abgabe der Steuererklärung auch dann verpflichtet, wenn ihnen eine befondere Ausförderung oder ein besonderer Befehl hierzu nicht zugegangen ist. Auf Verlangen werden die vorgeschriebenen Vorarbeiten von heute ab von den Gemeindebehörden kostlos verfolgt.

Die Einreichung der Steuererklärung durch die Post gelingt auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs.

Wer die Frist zur Abgabe der Steuererklärung verabsäumt, ist gemäß § 33 Abs. 2 des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsaufgabe für das Rechnungsjahr 1918 in Verbindung mit § 34 des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1918 mit Geldstrafe bis zu 500 M. zur Abgabe der Steuererklärung anzuhalten. Auch kann der von ihm vertretenen Gesellschaft ein Zwischen von 5 % bis 10 % der rechtzeitig eingereichten Kriegsaufgabe auferlegt werden.

Wissentlich unrechtfertige und unvollständige Angaben in der Steuererklärung sind in § 39 des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsaufgabe für das Rechnungsjahr 1918 in Verbindung mit § 33 Abs. 2 des Kriegsteuergesetzes vom 21. Juni 1918 und mit § 78 bis 83 des Besitzsteuergesetzes mit Geldstrafe bedroht, neben denen auf Verjährung bis zu einem Jahre, sowie außerdem neben der Geldstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenurkunde erkannt werden kann.

Bautzen, am 9. Oktober 1918.

Königliche Bezirksteuererstattung als Bezirksteueramt.

treibes nicht vergessen werden; die üblichen Begriffe der Belegschaftsgröße usw. verfügen. Die Kontingente am Gewerbe werden festgestellt, nachdem die Ernte eingebracht und der verfügbare Vorrat bekannt ist, die Kohlenkontingente müssen festgestellt werden, bevor man bei Einschränkung der Förderungen wechselt, wieder gefordert werden wird, und bevor man bei dem Transportmangel wechselt, wieviel verkaufen kann. Die Gewerbebewirtschaftung arbeitet in zwei geschäftstechnisch trennbaren Teilen, auf Lager und vom Lager, die Rohre muss unmittelbar aus der Grube zum Verbraucher gehen, denn die Lagermöglichkeit auf den Gruben bedeutet praktisch nur einen Verlustbringenden Nutzen für wenige Tage. Das Gewerbe hat weiter einheitliche Sorten, während die Rohre eine grohe Zahl von Arten und noch größere Zahl von Sorten aufweist, von denen die eine durch die andere teils gar nicht, teils nur in gewissem Umfang ersetzt werden kann. Schließlich kann die Lebensmittelrationierung nach der Rapszahl bemessen werden, während die Kohlenration schon beim Haushalt eine sehr große Zahl anderer Gesichtspunkte zu berücksichtigen hat und für die Industrie, den Hauptverbraucher, jeder allgemeingültige Nutzen fehlt, so dass der Bedarf für jeden einzelnen Betrieb besonders ermittelt werden muss, sich jedoch dabei in nicht vorauszusehender Weise oft von Tag zu Tag ändert.

Oft begegnet man der Behauptung, dass die Industrie vor dem Haushalt bevorzugt wird. Dies ist nicht der Fall. Die Industrie wird nach ihrer Kriegswichtigkeit von den Kriegsministerien eingeschätzt und nach dem Maße ihrer Wichtigkeit beliefert. Für nicht kriegswichtige Industrie ist der Kohlenbezug gesperrt. Große Einschränkung wird auch von der Industrie gefordert. Die Belieferung der Haushalte ist vom Reichskohlenkommissar auf die höchste Stufe gestellt, wie die Anweisung für kriegswichtige Industrie. Dabei werden die Interessen der Verbraucher nach der Organisation des Kommissariates ebenso vertreten wie die der Industrie. Besonders sind die Verbraucher aller Art in dem Beirat des Kommissars vertreten.

Schließlich wird der bestehende Schleih- und Tauschhandel mit Kohlen oft scharf gerügt. Dass er vorhanden ist, kann leider für die Kohlenversorgung ebenso wenig in Abrede gestellt werden, wie für die Lebensmittelversorgung.

Die Vorarbeiten zu seiner Bekämpfung sind auf beiden Gebieten gleich scharf. Sperrungen von Rohrleitungsbauungen wegen Tauschgeschäften sind mehrfach gescheitert worden. Die bei jedem Schleusenabsatz ist eine allgemeine Belebung nur durch Willkür der Allgemeinheit möglich.

Der Haushaltbedarf der Kommunalverbände ist vom Reichskohlenkommissar nach einem einheitlichen Maßstab berechnet. Auf dem Bezirk Bautzen fallen monatlich rund 85 000 Str. die mittels Eisenbahn eingeführt werden müssen. Dagegen ist nicht inbegriffen die nicht unbedeutende Menge, die mittels Landabbauges den Verbrauchern des Bezirks zugeführt werden kann und die noch immerhin etwa 15% betragen wird. Der Bedarf der Industrie ist hierzu nicht zu deuten, jedoch der Bedarf für den eigentlichen Haushalt, der 24 000 Haushaltungen umfasst, derjenige der Behörden, des Gewerbes und landwirtschaftlichen Betriebe. Für den einzelnen Haushalt muss aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen eine Mindestmenge anerkannt werden, ohne die die Haushaltung unmöglich wird. Dieser Mindestbedarf wird auf monatlich 3 Str. zu veranschlagen sein. Dabei wird man davon ausgehen müssen, dass von dieser Mindestmenge im Einzelhaushalte Elche und 1 Stuben zu beheizen und die Speisen für bis zu 4 Personen zugerechnet sind. Die kleine Haushaltswirtschaft wird von dieser Menge auch noch das Futter für Großvieh etwa bis zu 2 Stück zu füttern haben. Die Verteilung der Rohrkohlen im Bezirk ist daher so erfolgt, dass man für den Haushalt im beschriebenen Umfang einen Mindestbedarf von monatlich 3 Str. anerkennt. Für den Restteil der weiteren Verteilung ist das Bezirkstschlussnamen davon ausgegangen, dass bei einem Personenbestand des Haushaltes von über 4 Personen für je weitere 2 Personen ein weiterer Zentner gewährt wird. Wird ausnahmsweise die Notwendigkeit der Beheizung von mehr als 2 Räumen anerkannt, so werden für den 3. Raum monatlich weitere 2 Str. und für jeden weiteren Raum je 1 Str. mehr bewilligt. Zur Futterbereitung kann für je 4 Stück Großvieh, das der Landwirt über 2 Stück Großvieh besitzt, noch ein weiterer Str. bewilligt werden.

Rur bei dieser außerordentlichen Einschränkung wird es möglich sein, mit den Zuweisungen, die der Bezirk erhält, und durch unmittelbaren Landabbaug nach Möglichkeit zu steigen, verfügbare ist, ankommen zu können. Die Amtsbeamtenmannschaft ist seit langem bemüht gewesen, das Bevölkerungscontingent zu erhöhen, und nur ihren allerdinglichsten Vorstellungen ist es gelungen, das jegige Kontingent zu erreichen. Eine weitere Steigerung erscheint um deswillen ausgeschlossen, weil das Vorhandensein einer Kohlengrube im Bezirk diesen immer noch in eine vergleichsweise günstige Lage versetzt. Es wird deshalb Pflicht aller Kreise sein, mit möglichster Sparfamkeit Kohle zu verwenden, nach Möglichkeit Erzabbaumittel, insbesondere Holz, Reisig, Kohlereste zu verwenden und sich bei Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse damit abzufinden, dass auch auf die Gebiete der Krieg Opfer von jedem einzelnen Haushalte fordert, die schwer zu tragen aber nicht denen vergleichbar sind, die unser Heer für uns im Felde auf sich zu nehmen hat.

Aus Sachsen.

Dresden, 10. Oktober. Mit der Errichtung eines Weinprüfungsamtes für Sachsen beschäftigen sich seit einiger Zeit die maßgebenden Stellen. Für die Zusammensetzung dieses Amtes hat die Dresdener Handelskammer dem Königlichen Ministerium des Innern noch einen Wunsch aus den Kreisen der Obstweinhersteller zur Kenntnis gebracht. Danach wird angeregt, dass in dieses Amt nicht nur Weinhändler, sondern auch Obstweinhersteller als Sachverständige berufen werden. Auf alle Fälle möchte ein Vertreter der Obstweinhersteller dem Weinprüfungsamt als Beisitzer angehören. Andernfalls sei zu befürchten, dass die weinähnlichen Getränke z. B. Obstweine, Obstmoste und entgeiste Weine unrichtig beurteilt würden. Die Dresdener Handelskammer hieß diesen Antrag für beachtlich und befürwortete ihn. Für den Fall, dass dem Antrag nicht stattgegeben werden könnte, ersucht die Kammer, dass Vertreter der Obstweinhersteller wenigstens als Sachverständige im Bedarfsfalle zugelassen werden, also in Fällen, wo Obstweine, Obstmoste und entgeiste Weine zur Beurteilung stehen.

Chemnitz, 10. Oktober. Mit Streichholz spielt in einer Wohnung der Gaberger Vorstadt am Dienstag vor-

Gräfin Lippbergs Enkelin.

Roman von J. Döme.

41. Fortsetzung. (Abdruck verboten.)

"Du darfst in Geldsachen nicht mehr übertreiben blei- ben, Poonne. Wenn du auch dein großes Vermögen nicht leicht veräußern kannst, so ist es doch möglich, du verlierst etwas davon. Wäre Baron Brüllow, Tante Anna's Mann, ein besserer Richter gewesen, so könnte es besser um Berntrieb. Ich habe manche Sorge dadurch gehabt."

Mit klaren Augen sah Poonne sie an.

"Großmama, wenn ich dir das jetzt ein wenig erleichtern könnte!"

"Nein, Poonne, ich danke dir, es ist nicht nötig, sonst würde ich mir diese Auflösung geben haben. Ihr meine Tochter und Ihre Kinder ist ausreichend gesorgt. Wenn nur Luk nicht immer wieder —"

Sie brach kurz ab und preßte die Lippen aufeinander, als habe sie zu viel geflucht, und sprach dann gleich wieder von etwas anderem.

Der alte Herr trat ein, eine Karte in der Hand.

"Der Herr bittet die Frau Gräfin um eine Unter- zeitung."

"Karl Albert Reitner?" las diese fragend. "Ich kenne ihn nicht."

"Er meinte, es sei dringend; er war schon mal hier", sagte Großmama mit Begeisterung.

Da verstand die Gräfin. Sie erhob sich. Das strohe Schloß war um einen Stein höher.

"Sie bin sicherlich so, Poonne." Und mit schwarem Gepräch ging sie zur Türe hinzu.

"Komtesse Poonne", flüsterte der Alte, "der bringt nichts Gutes. Da ist gewiß wieder was mit Herrn Luk. Ja, ja!" Er leuchtete tief.

"Um Gottes willen, Krohmann!"

"Ja, ja, mir tut die arme Gnädige leid. Was hat sie, solange Komteschen fort sind, für Sorgen gehabt, und nur wegen Herrn Luk", rüttete er bekümmer.

Entschlossen stand Poonne auf. "Ich gehe hinüber."

"Ach ja, wenn Komteschen das tun wollten und der Frau Gräfin die Aufregungen ersparen. Komteschen könnten es ja jetzt — und es ist immer die Großmama."

Sie verstand ihn und streckte ihm die Hand entgegen. "Mein guter, alter Krohmann!"

Er bog sich in den Empfangsalton, und ihr Blick umfing die Großmutter, die, einer Statue gleich, auf einem der hohen Lehnsstühle lag, ihr gegenüber ein kleiner, beleibter Herr, der selbst gestühlender vor ihr stand. Er war mit främerhafter Eleganz gekleidet; eine blonde, goldene Uhrfette legte sich breit über das wohlgepflegte Bräuchlein; aufdringlich funkelten aus den grellenblauen Krawatte und an den Händen die Brillanten.

Er machte einen sehr unkomplizierten Eintritt, dieser Herr Karl Albert Reitner; läßt funkeln seine kleinen, schmalen Augen. Er hatte ein Papier in der Hand, das er der Gräfin direkt vor das Gesicht hielt; sie griff daran, doch ließ er es nicht aus den Fingern.

Er sagte gerade: "Und da hatte ich mir denn erlaubt, weil ich gerade hier in der Nähe zu tun hatte, der gnädigen Frau Gräfin meine Aufmerksamkeit zu widmen. Der junge Herr Baron, jogt mir, die gnädige Frau Gräfin täte ich ihnen alles arrangiert und würden den Wechsel begleiten."

Diese nickte nur statt aller Antwort und blieb mit eigenartlich starren Augen auf das Stück Papier.

"Heiliger Gott!" dachte Poonne. "Bin ich zu spät gekommen? Das ist doch der Wechsel, um den Luk solche Angst hatte und von dem Großnamen nichts erfahren sollte."

Schnell trat sie neben die Gräfin. Der Mann stand in seiner Robe und blickte in heller Begeisterung auf das schöne Mädchen, sich unzählige Male verneigend.

Ohne weiteres nahm ihm Poonne das Papier aus der Hand.

Mit einem Schrei fast wollte er es ihr wieder entreißen. Sie sah ihn groß und stolz an.

"Was denken Sie von mir? Ich werde Ihnen den Wechsel doch nicht unterdrücken!"

Er verneigte sich demütig und murmelte allzeit, aus dem Herzen langsam, wie wichtig und unerlässlich und tollbar ihm das Papierchen sei. Poonne blickte darauf, und da sah sie die charakteristischen Schriftzeichen der Großmutter — Leontine, Gräfin Lippberg!

Dann wußte doch diese darum, und Luk hatte sie bestochen, wollte das Geld für etwas anderes haben. Ein Gedanke der Entführung gegen den leichtsinnigen Herrn quoll in ihr empor. Sie sah die Großmutter an. deren Störheit fiel ihr auf; sie schien um Jahre gealtert, und wie trocken blieben ihre Augen.

Ober wußte die Gräfin doch nichts von dem Wechsel — und Luk hatte selbst — — Ein jüher Schred drohte ihr Herz stillstehen zu lassen. Wie Schuppen fiel es ihr von den Augen.

Deut war es ihr Not. Daher auch Luk' grenzenlose Verkörperlichkeit, seine Verzweiflung. Er habt hatte den Ratlosigkeit der Großmutter auf den Wechsel gesetzt, um sich Geld zu verdienen. Dann hatte er gefallen!

